Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3472
23. 11. 88

Antrag

der Abgeordneten Frau Beer und der Fraktion DIE GRÜNEN

C-Waffen-Konferenz in Paris vom 7. bis 11. Januar 1989

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Das Zustandekommen eines Vertrages über ein vollständiges Verbot chemischer Waffen im Rahmen der Genfer-UN-Verhandlungen hat für die Bundesrepublik Deutschland weiterhin auch zeitlich hohe Priorität. Ein solches Verbot ist verifizierbar. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Bemühungen, einen solchen Vertrag zu realisieren, intensivieren.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt den Vorschlag eines weltweiten Treffens der Regierungschefs zur Beseitigung der Probleme, die bei den Verhandlungen über ein C-Waffen-Verbot entstanden sind. Einen Nichtweiterverbreitungsvertrag für Chemische Waffen hält der Deutsche Bundestag nicht für sinnvoll, weil dadurch das Ziel eines Verbots der C-Waffen praktisch aufgegeben würde.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zu einer Lagerung chemischer Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland umgehend zurückzuziehen und die in der Bundesrepublik Deutschland lagernden Waffen bis zum Ende des Jahres 1992 abziehen zu lassen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich in gleichlautenden verbindlichen schriftlichen Erklärungen an die Regierung der Vereinigten Staaten sowie beide Häuser des Congresses mitzuteilen, daß die Bundesrepublik Deutschland – die Produktion binärer chemischer Waffen durch die USA nicht wünscht, sondern ablehnt und einer Stationierung solcher Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland nicht zustimmen wird.

Bonn, den 23. November 1988

Frau Beer
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333